

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.


Nr. 146.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 18. Dezember 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

 **Bestellungen auf das 1. Quartal 1907 des „Korr.“, Preis pro Quartal 65 Pf., wolle man im Interesse geregelter Lieferung sofort veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.**

Der neue Tarif.

VIII.

Die Verkürzung der Arbeitszeit.

Mehr dem Unmüte, der schließlich alles, was die Gehilfenvertreter nach Gause brachten, in Kauf und Wogen verwarf, ist es zuzuschreiben, daß der allerdings nur geringfügigen Verkürzung der Arbeitszeit gar kein Verständnis entgegengebracht wurde. In den verschiedentlichsten Debatten kam das in krasser Weise zum Ausdruck. München verweist höhnend auf „das soziale Verständnis der Prinzipale“, die eine „Arbeitszeitverkürzung in der tiefsten Höhe von täglich fünf Minuten“ gewährt hatten; Würzburg war der Meinung, „die Verkürzung der Arbeitszeit von täglich fünf Minuten hätten die Vertreter besser dankend ablehnen sollen“; Offen (im Rheinlande legt man die Worte nicht auf die Goldwaage, was wir übrigens auch nicht tun) bezeichnete die bewilligte halbe Stunde pro Woche als „eine Verhöhnung der Gehilfenschaft“, während Heidelberg „die Verkürzung der Arbeitszeit als unannehmbar“ befand. Nach dem Urteile einer Stuttgarter Versammlung könne man, „wenn es in dem Tempo so weiter geht, anno 1967 den Achtstundentag erreichen.“

Wenn nun noch Melle bedauert, „daß die Gehilfenvertreter nicht für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten sind“, so trifft das nicht zu. Die Gehilfenvertreter haben sich nicht geschaut, der Prinzipalität unverblümt über eine derartige minimale Bewilligung die Meinung zu sagen. Die Prinzipalität war auch bereit, einer täglichen Arbeitszeitverkürzung um eine Viertelstunde zuzustimmen, wenn die Gehilfenvertreter sich mit einer 7½ prozentigen Lohnerhöhung zufrieden geben würden. Das konnten sie nicht, denn „Mehr Brot!“ mußte für sie die Parole bleiben. Nach langer Debatte in der Kommission wie im Plenum blühten den Vertretern der Gehilfenschaft daher nur übrig, entweder auf diese Bewilligung zu verzichten oder sie anzunehmen.

Weil die Gehilfenvertreter nun das Letztere getan haben, kann man ihnen nicht gut einen Vorwurf machen. Heute mag man noch über die fünf Minuten Arbeitszeitverkürzung spotten, wie man es 1896 über die „fünf Schnapsgrößen“ getan, aber es liegt einmal in der Tendenz einer zielbewußten Gewerkschaftsarbeit, auch das Wenige nicht zu verschmähen, weil man auf dem wirtschaftlichen Gebiete nur langsam vorwärts kommen kann. Mit der 2½ proz. Lohnerhöhung 1896 beginnend betrachte man heute unser Tarifgebiet! Wären die heutigen Erfolge möglich gewesen, wenn wir 1896 die geringe Lohnerhöhung „als eine Verhöhnung der Gehilfenschaft“ empfindend sie abgelehnt hätten? Eine solche Ablehnung kann man sich im gewerkschaftlichen Leben nicht erlauben. Hier muß alles mitgenommen werden, was erreichbar ist, denn wenn wir einen stolzen Prachtbau besehen, so war zu seinem Zustandekommen auch das Sandkorn notwendig.

Die Behauptung, daß wenn es in diesem Tempo der Arbeitszeitverkürzung weitergeht, würden wir glücklich 1967 zum Achtstundentage kommen, ist wohl nur humoristisch gemeint. Die Forderung einer Verkürzung der Arbeitszeit ist zwar beim Unternehmertume heute noch des größten Widerstandes fähig, aber die fortschreitende Kultur macht diesen Widerstand immer aussichtsloser. Wir erinnern nur an die jüngst in Leipzig abgehaltene Geheimkonferenz sächsisch-thüringischer Bergwerksbesitzer, die sich, von keinem Forscher belauscht glaubend, offen dahin aussprachen, daß man auf die Dauer der Anerkennung von Arbeiterorganisationen nicht aus dem Wege gehen könne, so lange es aber möglich sei, müsse man an der Verweigerung dieser Anerkennung festhalten. Ein Standpunkt, der gründlich erschüttert ist, wenn man an ihn nicht mehr zu glauben vermag. Ähnlich liegt es mit der Arbeitszeitverkürzung im Buchdruckgewerbe. Immer und immer wieder wird die Gehilfenschaft auf sie zurückkommen; schon die achtstündige Arbeitszeit der Maschinenseker zwingt sie dazu, außerdem die vielfach vorhandene achtstündige Arbeitszeit sowie freiwillige Arbeitszeitverkürzungen von Prinzipalen. Und wahrlich, bis 1967 wird es nicht dauern, bis der Achtstundentag im Buchdruckgewerbe zur Tatsache geworden ist. In zehn Jahren ist die Arbeitszeit um täglich 35 Minuten verkürzt worden, in weiteren zehn Jahren wird diese Verkürzung ohne Zweifel in derselben Höhe eintreten, und wie weit sind wir dann noch vom Achtstundentage entfernt?

Man tut nicht recht daran, ohne weiteres über die fünf Minuten zu spotten, denn wie sieht es in dieser Beziehung bei den anderen Arbeitern aus? Eine kleine Gruppe von Litho- oder Chemigraphen usw. kann uns da nicht als Beispiel dienen, da bei uns etwa 50000 Berufsgenossen in Frage kommen. Dazu die Lehrlinge, Hilfspersonal, andere Betriebszweige usw. Außerdem dies alles in nationalem Rahmen. Und ferner müssen wir noch die Arbeitszeit im Bichte der Gesetzgebung betrachten. Vergessen ist wohl noch nicht der Cimmritzhauer Streik, bei dem vergeblich Millionen aufgewendet wurden, um die elfstündige Arbeitszeit um täglich eine Stunde herabzusetzen. In Deutschland besitzen wir erst einen gesetzlichen elfstündigen Arbeitstag für — Frauen. Wäre in der Hauptsache die tägliche Arbeitszeit nicht noch länger, würde die Gesetzgebung diesen Arbeitstag auch für Männer festlegen. Im Jahre 1890 wurden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf dem Parteitage in Halle Vorwürfe gemacht, weil sie in ihrem Arbeiterschutzesekretur eine stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit und den gesetzlichen Achtstundentag erst für das Jahr 1898 vorgesehen hatte. Das wäre zu lange hinausgeschoben, so lange würden die Arbeiter nicht mehr auf den Achtstundentag warten usw. Inzwischen sind 16 Jahre verfloßen, und alles ist beim alten geblieben! Auf dem Dresdner Parteitage 1903 erklärte Bebel: Wir wären trotzdem, wenn wir erst den Zehnstundentag hätten. Man darf auch nicht vergessen, daß ein Sprung von elf auf zehn und von da auf neun Stunden leichter ist als ein solcher von neun auf acht Stunden. Das teure Maschinenmaterial in unserm Gewerbe, das jeder Prinzipal so weit als

möglich auszunutzen bestrebt sein muß, hindert ebenfalls eine schnellere Verkürzung der Arbeitszeit, oder es bedingt den Schichtwechsel, wie wir dies an den Sechsmaschinen beobachten können. Wir leben eben im Zeitalter der privatkapitalistischen Produktionsweise, des freien Spiels der Kräfte mit seiner wilden und zügellosen Konkurrenz, wo nicht allein die Stärke einer Organisation ausschlaggebend ist, sondern der ganze Wirtschaftsmarkt, der auch unser Gewerbe in seinen Strudel zieht. Das alles bedenke man auch bei der diesmaligen Arbeitszeitverkürzung.

Die Lehrlingsstala.

Hier ist eine positive Verbesserung auf Grund der gestellten Anträge nicht erreicht worden. Weder eine allgemeine Reduzierung der Lehrlingsstala, noch eine Gleichstellung der Druckerlehrlingsstala mit derjenigen der Seker. Die Position der Gehilfenvertreter war hier auch eine besonders verzwickte, denn ihren Anträgen standen unanfechtbare statistische Ergebnisse gegenüber, welche auswiesen, daß eine allgemeine Reduzierung der Lehrlingsstala nicht vorgenommen werden könne. Weit und weit auch hierbei die Prinzipale zu mancherlei Fehlschlüssen kamen, so war doch die Richtigkeit unsrer eigenen Verbandsstatistik nicht zu bestreiten, welche nachwies, daß in den Jahren 1904, 1905, 1906 ein ständiges Sinken der Arbeitslosenziffer bei steigender Mittgließerzahl konstatiert werden konnte. Wir hatten 1904 4,17, 1905 3,77 und 1906 3,28 Proz. Arbeitslose zu verzeichnen. Zieht man den sonst von großer Arbeitslosigkeit heimgesuchten Monat Juni in Betracht, so betrug auch hier der Prozentfuß in den genannten Jahren nur 4,15, 4,78 und 3,90. Die Arbeitslosigkeit überhaupt unter dem heutigen Wirtschaftssysteme beseitigen zu können, daran zu denken ist Wahnsinn. Die derzeitige Arbeitslosigkeit im Verbandsrecht fertigt eine allgemeine Reduzierung der Lehrlingsstala nicht, wenn auch bei uns noch eine weitere, aber nicht statistisch nachweisbare Arbeitslosigkeit vorhanden ist, die sich in unseren Krankenlisten verbirgt. Andererseits wird so oft aus anderen Arbeiterkreisen der Vorwurf erhoben, daß wir unser Gewerbe mit einer chinesischen Mauer umziehen, daß es nicht angebracht gewesen wäre, durch eine weitere Reduzierung der Stala diesem Vorwurfe erst eine Berechtigung zu geben. Ein Spielraum in der Arbeitslosigkeit wird unter den heutigen Verhältnissen immer vorhanden sein, die Hauptsache ist nur, daß dieser Spielraum kein zu großer, die Allgemeinheit schädigender ist. Außer Zweifel steht auch, daß der zeitweise in der Provinz hervortretende Gehilfenmangel nicht ausschließlich auf eine dort vorhandene schlechtere Bezahlung und die kürzere Konditionsdauer, was sofort wieder zum Domizilwechsel zwingt, zurückzuführen ist, sondern daß tatsächlich oft kein Gehilfe zu bekommen ist. Die Beweise dafür wurden erbracht. Aus diesen Gründen erklärten die Prinzipale sich auch bereit, sofern die Gehilfenvertreter die Verpflichtung anerkennen, daß der unverheiratete Gehilfe, soweit er nicht Familienernährer ist, auch nach auswärtig eine angebotene Kondition anzunehmen habe, bei einer Konditionsdauer bis zu 14 Tagen die Hin- und Rückfahrt 3. Klasse zu bezahlen, bei

einer Kondition von länger als 14 Tagen die einfache Fahrt. Unsere älteren Kollegen werden in vollem Umfange das Günst dem Fest gegenüber stellen können.

Anderes liegen die Dinge bezüglich der Druckerlehrlingskala. Hier wäre eine mäßige Verringerung der einschlägigen Ziffern am Platze gewesen. Sie war aber nicht zu erreichen, so daß wir zu prüfen haben, wie sich in diesem Punkte unsere Druckerkollegen unter dem neuen Tarife befinden. Zunächst ist festzustellen, daß auch die Lehrlingsziffer bei den Druckern zurückgegangen ist, was in Verbindung mit der Ausbreitung der Tarifgemeinschaft steht. Bei sämtlichen Tarifarbeitsnachweisen waren 1903/04 385, 1905/06 249 Drucker als arbeitslos gemeldet. In Berlin waren beim Arbeitsnachweise 1903/04 188, 1905/06 85 Drucker als arbeitslos gemeldet. Im ganzen Reich hat seit 1903 die Zahl der Druckerlehrlinge sich ständig verringert. Da nun ein Entgegenkommen der Prinzipale für eine niedrigere Ziffer in der Druckerlehrlingskala nicht zu erreichen war, mußte den Gehilfenvertretern daran gelegen sein, irgendwie eine Verbesserung herauszuschlagen. Nach langer Debatte wurde in bezug auf die Drucker beschlossen:

1. Prinzipale, welche nicht dauernd einen Druckergehilfen beschäftigen, sind nicht befragt, Druckerlehrlinge zu halten. 2. Bedient ein Prinzipal seine Maschine dauernd selbst, dann findet die vorstehende Bestimmung keine Anwendung.

Zu 1 soll noch in der Kommentierung zum Ausdruck gebracht werden, daß dieser Beschluß des Tarifamtes nicht lediglich im Interesse der Ausbildung des Lehrlings, sondern auch mit Rücksicht auf die Gesundheit und das Leben des jungen Mannes gefaßt worden ist.

Eine wesentliche Verbesserung ist ja mit den obigen Beschlüssen nicht herbeigeführt, immerhin kommen unter 1 und 2 nach der Statistik des Tarifamtes 189 Firmen mit 225 Lehrlingen in Betracht. Hinzu kommt ferner, daß damit jenen Druckereien, die ständig nur klammerlich ausgebildete Gehilfen in die Welt schicken, das Handwerk gelegt wird.

Aber wie sieht die Verhältnisse der Lehrlingsziffer selbst trifft auch auf die Drucker zu, was für eine künftige Regelung der Lehrlingskala beschlossen worden ist. Davon werden Seher wie Drucker gleichmäßig betroffen. Der Beschluß lautet:

Der Tarifauschuß hat die Lehrlingskala mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit der abgelaufenen Periode zu verändern, und zwar soll dafür maßgebend sein ein Prozentsatz von nicht mehr als 3 Proz. der Arbeitslosen.

Auf dieser Basis ist eine gerechte Festsetzung der Lehrlingskala möglich und sind weitere Befürchtungen wegen der diesmal nicht rebuzierten Stala hinfällig geworden. Die sicher zu erwartende weitere Gesundung unserer tariflichen Verhältnisse wird ihr übriges tun, um auch in diesem Punkte das Mögliche und Erreichbare zugunsten der buchdruckerlichen Arbeiter im Gewerbe festzulegen. Erfreulicherweise hat man in den Kreisen unserer Druckerkollegen diesen Beschlüssen des Tarifauschusses ein volles Verständnis entgegengebracht und steht zu hoffen, daß man dort bezüglich der gefaßten Beschlüsse sich mehr auf die Arbeit als auf die Kritik verlegen wird.

Konferenz der Vorstände der Zentralverbände

im Berlin am 26. und 27. November 1906.

Die vierte Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände war berufen mit besonderer Rücksicht auf die Notwendigkeit, anlässlich der Vorlage des Gesetzentwurfes betr. eingetragene Berufsvereine einen außerordentlichen oder allgemeinen Gewerkschaftskongress einzuberufen. An die Entscheidung über diese aktuelle Frage schlossen sich weiter Beratungen an über den Internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongress zu Stuttgart 1907, über die Weiterführung und Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse, über die Auslegung der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses betreffs Streikunterstützung, über die Frage der Jugendorganisation und über die Herausgabe eines Jahrbuches der deutschen Gewerkschaften.

(Die Ausführungen wegen Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses strichen wir in diesem

Berichte, weil durch die Reichstagsaufhebung die Gesetzesvorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zurzeit gegenstandslos geworden ist. (Neb.)

In bezug auf die Delegation zum nächstjährigen Internationalen Kongresse in Stuttgart hatte der Parteivorstand eine Kontingenterstellung der Delegiertenzahl der deutschen Nation auf 200 vorgeschlagen, wonach auf die politische Partei und auf die Gewerkschaften je 150 Vertreter entfallen. Die Zustimmung der Konferenz zu dieser Einschränkung vorausgesetzt, unterbreitete die Generalkommission geeignete Vortragsvorläufe, denen die Konferenz zustimmte. Es soll darauf hingewirkt werden, daß die Frage des 1. Mai noch auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt und ferner ein Protokoll der Verhandlungen in der deutschen Delegation herausgegeben wird. Auch soll die Frage einer Veränderung des Abstimmungsmodus auf diesen Kongressen zur Erörterung in Stuttgart gebracht werden.

Die Beratung über die gewerkschaftlichen Unterrichts-kurse ergab allseitige Zustimmung für deren Weiterführung. Zahlreiche Redner sprachen sich auch für deren Ausdehnung aus. Um so mehr erregte es Befremden, daß der Vertreter des Holzarbeiterverbandes erklärte, die Mehrheit seines Vorstandes habe beschlossen, „in Zukunft nicht mehr Mitglieder an den Kursen teilnehmen zu lassen, da es sich nicht rechtfertige, solche Einrichtungen nur einzelnen zugute kommen zu lassen.“ Mit Recht wurde dem entgegengehalten, daß es dem Vorstande ja freistehet, nicht bloß Verbandsgestellte, sondern auch agitatorisch befähigte Mitglieder an den Kursen teilnehmen zu lassen, und daß es sich sogar empfehle, auf diese Art einen tüchtigen Nachwuchs von Verbandsvorrettern heranzuziehen, anstatt die ohnehin überlasteten Gewerkschaftsbeamten noch mit der Teilnahme an den Kursen zu überbürden. Der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer stellt in Aussicht, daß sein Verband in jedem Jahre 50 Mitglieder zu den Kursen delegieren werde. Würden die anderen Gewerkschaften den Kursen das gleiche Interesse entgegenbringen, so werde man bald solche Kurse während des ganzen Jahres mit dauernd besoldeten Lehrkräften abhalten können.

Im übrigen wurden zahlreiche Wünsche in bezug auf den Termin der Kurse, auf die Gestaltung derselben und auf die Drucklegung der Vorträge geäußert. Für eine Ausdehnung der Kurse auf die Dauer von sechs Wochen erklärten sich 28 Vorstände. Nur für Herbstkurse stimmten 17, während 18 Vorstände erklärten, daß ihre Organisationen auch Frühjahrskurse beschließen können. Den Ausführungen des Vorstehenden, daß eine kritische Besprechung der Unterrichtskurse in der Fachpresse vermieden werden möchte, stimmte die Konferenz zu.

Die Beratung über die Auslegung der Kölner Resolution 1905 betriebs- und arbeitsrechtlicher Natur, welche eine Reihe von Inzuchtverboten auf, die sich im Verlaufe der Unterstützung von Streiks und Aussperrungen aus allgemeinen Sammlungen ergeben hatten. Es zeigte sich, daß die Konferenz im allgemeinen der Auffassung der Generalkommission zustimmte, ponach Unterstützungen aus allgemeinen Mitteln nur während der Dauer von Ausständen gestattet werden sollen, darüber hinaus nur in ganz außerordentlichen Notfällen. Die Konferenz stimmte folgender Regelung zu:

„Zur Frage der allgemeinen Streiksammlungen gilt als Grundsatz, daß mit der Beendigung des Kampfes, für den gesammelt wurde, auch die Auszahlung der gesammelten Gelder an die betreffende Gewerkschaft aufhört. Es bleibt der Generalkommission überlassen, in dem Falle, daß sich die betreffende Gewerkschaft bei bzw. kurz nach der Beendigung des Kampfes, für den gesammelt wurde, und infolge desselben in einer ganz außerordentlichen Notlage befindet, nachzuprüfen, ob sich eine weitere Unterstützung nach Beendigung des Kampfes noch rechtfertigt.“

Zur Frage der Jugendorganisation berichtete Regien, daß die Generalkommission, durch die Berliner Jugendorganisation zur Stellungnahme veranlaßt, mit dem Parteivorstande über diese Frage verhandelt habe, da eine einheitliche Behandlung der letzteren seitens der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung erwünscht sei. Die Generalkommission halte eine besondere Zentralorganisation der Jugendlichen nicht für zweckdienlich, weder in der Vertretung wirtschaftlicher Interessen noch auf dem Gebiete der Jugendberziehung, sondern eher als nachteilig. Nicht die Schaffung einer Jugendorganisation, sondern eine zweckdienliche Organisation der Jugendberziehung müsse die Aufgabe sein, an der Partei und Gewerkschaften gleichermaßen arbeiten sollten. Die Organisierung der jugendlichen Arbeiter müssen sich die Gewerkschaften mehr angelegen sein lassen. Die einzelnen Gewerkschaftsvorstände und Verbandstage sollten sich eingehend mit der Frage befassen, wie die Jugendlichen zu den Gewerkschaften besser heranzuziehen und in dieselben zu erhalten seien. Dann müsse der nächste Gewerkschaftskongress besonders sich mit der Frage der jugendlichen Arbeiter und des Lehrlingswesens beschäftigen, wozu die nächste Vorstandskongress entsprechende Vorschläge unterbreiten könne.

Die Konferenz stimmte diesen Ausführungen zu.

Am letzten Tage beschäftigte sich die Konferenz mit der Herausgabe eines Jahrbuches. Der Vorliegende teilte mit, daß die Generalkommission ein solches Jahrbuch herausgeben wolle, sobald die Konferenz der Vorstände ein Bedürfnis dafür anerkenne. Das Jahrbuch solle dann in Halbjahresheften im Gesamtumfange von 25 bis 30 Bogen erscheinen und die Statistiken der verschiedenen Art sowie die Berichte über die Kongresse und Generalversammlungen in etwas erweiterter Form ent-

halten, wodurch das „Korrespondenzblatt“ wesentlich entlastet würde und mehr seinen weiteren Aufgaben gerecht werden könnte. Die Gratisausgabe des Jahrbuches sei auf 2-3000 Exemplare bemessen, doch könne es darüber hinaus auch weiteren Gewerkschaftskreisen zum Selbstkostenpreise von etwa 1,20 Mk. pro Jahr zugänglich gemacht werden. Auszugsweise werden die Statistiken und Kongressberichte im „Korrespondenzblatt“ natürlich auch in Zukunft behandelt.

Nach kurzer Debatte erklärten sich 26 Vorstände für die Notwendigkeit der Herausgabe eines Jahrbuches und 11 dagegen.

Eine Anregung in bezug auf ein einheitliches Schema für Uebertrittsbestimmungen wurde dem Antragsteller zur weiteren Ausarbeitung und Mitteilung an die Gewerkschaftsvorstände überlassen.

Damit war die Tagesordnung der zweitägigen Konferenz erschöpft.

Aus dem Auslande.

Frankreich. Die Vereinigung der Buchdruckerzeiger Frankreichs (Union des Maitres Imprimeurs de France) hielt in Marceille vom 13. bis 15. Oktober ihre Jahresversammlung ab. Schwach ist die Zahl ihrer Mitglieder, noch geringer ihr Vermögen: der Kasseebestand betrug nur 25000 Fr., 687 Einzel- und 46 Gesellschaftsmitglieder gehören ihr an. Der wichtigste Beschluß der Teilnehmer an der Versammlung ist nach Keufer die Entfaltung einer intensiven Propaganda zur Gewinnung von Mitgliedern und die Bildung von Bezirksverbänden.

Vom Gewerkschaftskongresse in Amiens, dem in mehreren Nummern des Vereinsorgans umfangreiche Artikel gewidmet werden — Keufer ist ihr Verfasser — ist mitzuteilen, daß der Berichterstatter Coupat über die Aufforderung u. a. folgendes vorbrachte: „... es ist schwierig, gänzlich das Berechnen abzuschaffen, versuchen wir daher, seine unangenehmen Begleiterscheinungen zu unterdrücken.“ Der Vertreter der Maler, Robert, legte eine Lanze für die Westsprache Esperanto ein; der Kongress lud alle Schriftführer von Gewerkschaften und Arbeiterbüros ein, sich mit deren Studium zu befassen und, wo es möglich, Unterrichtskurse einzurichten. Der Mißerfolg der Einführung der achtkündigen Arbeitszeit vom vergangenen 1. Mai ab wird eingestanden; „Kongresse sind keine Konzepte; der Fehler ist, daß sich auf den Versammlungen die Vertreter, aber nicht die Verbände aussprechen; es war unmöglich, sich streng an den Buchstaben der Resolution zu halten...“ Hiermit gab man sich zufrieden. Dadurch wird auch die von so vielen extremen Mitgliedern verurteilte Haltung des Bucharbeiterverbandes gutgeheißen, der ganz anders als im vorigen Jahre, in „Vourees“ behandelt wurde. „Mehr oder weniger offen“, sagt der Kollege Hamelin in einem andern Berichte, „haben die am meisten geachteten Delegierten festgestellt müssen, daß nur die Buchdrucker fruchtig getätigt und ernste Verbesserungen erzielt haben.“

Die Pariser Maschinenzeiger befanden sich schon seit einiger Zeit in Verhandlungen über Verbesserung ihrer Lage. Sie wollten auch der Wohlthaten des Gesetzes über die Wochenruhe teilhaftig werden; des ferneren verlangten sie eine Schöpfung von 1 Fr. täglich. In der Sitzung des ihnen beigefundenen Zentralkomitees vom 17. November teilten dessen beide Mitglieder Jakob und Jufferant mit, daß die Operateure einen vollen Erfolg erlangten hätten.

Belgien. Durch die Gründung eines eignen Organs der Buchbinder verliert die Fédération typographique 400 Abonnenten. Die belgische Gewerkschaftskommission hat eine Statistik über die gewerkschaftliche Entwicklung im Jahre 1906 veröffentlicht, woraus hervorgeht, daß es im Buchgewerbe 3971 (226 mehr als im Jahre 1904) Organisierte gab. Der Brüsseler Bildungsbereich schreitet rüstig vorwärts. Die Regierung hat ihm ein Lokal (Rue Villa Hermosa 3) überwiesen, an dessen Einrichtung für seine Zwecke jetzt eifrig gearbeitet wird. Hier soll ein Versammlungssaal, Räume für Unterricht und Vorträge, Lesezimmer usw. Platz finden. Für den Ausstellungssaal bittet der Typographische Studienklub um Zuhilfenahme von Druckfahnen, Kataloge, Musterblätter u. dgl.). Die Brüsseler Mitgliedschaft sandte eine Petition an die Abgeordnetenammer, worin um gesetzliche Festsetzung der Arbeitszeit für Erwachsene und um Abschaffung des den Arbeitern so schädlichen Art. 310 des Strafgesetzbuches gebeten wird.

Großbritannien. Ende August sowie anfangs September machte sich hieselbst eine Verschlechterung in der Arbeitslage allgemein sehr bemerkbar. In der Metropole versuchte die Stadterhaltung nach besten Kräften, Arbeit herbeizuschaffen, indem man Neuanlagen von Straßenbahnen sowie Reparaturen der Straßen an und für sich vornahm. In den graphischen Branchen des Landes trat ebenfalls ein Stillstand ein, welches sich hauptsächlich auf die Provinz sowie Schottland bezieht. Glasgow scheint sich hierin besonders auszuzeichnen, denn schon seit einigen Monaten hört man dort nichts als Klagen. Nebenbei gefaßt ist in dieser Stadt der einjährige Gefangenerverein organisierter Buchdrucker, den man herzulande antizipiert; dafür gibt's natürlich desto mehr Buchdruckerfußballvereine, wobei aber die Organisation durchaus keine Rolle spielt. Also ganz im Gegensatz zu den vielen wertvollen Buchdruckerangewerkschaften unsers Vaterlandes, deren Bestehen es zunächst ist, eine feste Burg unsers Verbandes zu sein.

Am Anfange des September zeichneten etwa 700 Kollegen die Arbeitslosenliste der Londoner Seegeresell-

schafft, was für diese Jahreszeit nicht als hoch bezeichnet werden konnte. Mr. Bomeran, der frühere langjährige erste Sekretär der Londoner Segegesellschaft und jetzige Parlamentarier, war für längere Zeit ans Krankenlager gefesselt; er befindet sich jetzt jedoch auf dem Wege der Genesung, wozu wir ihm aufrichtig Glück wünschen.

Die wichtigste Begebenheit in puncto Gewerkschaftswesen war im September der Gewerkschaftskongress. Es war dieses der neununddreißigste und fand derselbe vom 3. zum 9. September in Liverpool statt. Dieses war das dritte Mal, daß diese große Industriestadt von den Delegierten zur Konferenz ausgerufen war; das letztmal war es im Jahre 1890, wo der jetzige Handelsminister Mr. John Burns eine solche große Rolle spielte. Viesfortschritte hat in den letzten Jahren hier selbst die englische Arbeiterbewegung gemacht. Der diesjährige Kongress war von 491 Delegierten besucht, welche 1554000 organisierte Arbeiter repräsentierten. Im Jahre 1898 — also nur acht Jahre zurück — vertraten 165 Delegierte 816944 Gewerkschaftler. Trotzdem doch inzwischen verschiedene verschiedene Veränderungen betreffs der Nominationen der Delegierten zum Kongresse getroffen waren, unter anderem ein Delegierter für 2000 Mitglieder, war der Besuch des Kongresses ein größerer denn je zuvor. In diesem Jahre waren 30 Parlamentsabgeordnete erschienen, wovon gegen im Vorjahre nur 7. Die Eröffnung des Kongresses fand durch den Oberbürgermeister der Stadt Liverpool statt. Nach den üblichen Begrüßungen und Wahlen beantragte der Vorsitzende, Mr. D. C. Cummings, Vertreter der Kessel- und Schiffsbauorganisation, der Kongress möchte dem russischen Volke seine Sympathie in seinem Kampfe für politische und ökonomische Freiheit ausdrücken. Der Antrag wurde stehend angenommen. Der Kongress beschäftigte sich hauptsächlich mit sozialpolitischen Fragen und hatte unter anderem folgende wichtigere Punkte zur Beratung festgesetzt: Freier Schulunterricht von der Volksschule bis zur Universität und damit verbundene Unterhaltung der Schüler auf Staatskosten; Einführung des Achtstundentages für Vergleiche, Unterhaltung der Arbeitslosen; ein verbessertes Unfallentschädigungsgesetz; Bewahrung und ein Minimumlohn von 30 Schillingen sowie Achtstundentag für sämtliche Arbeiter, welche von der Regierung beschäftigt werden; Altersversicherung; Einführung obligatorischer Schiedsgerichte bei Lohnstreitigkeiten. Letzterer Punkt wurde aber wiederum mit über die Hälfte Mehrheit bei der Abstimmung zurückgewiesen. Die Einführung einer monatlichen Arbeiterzeitung wurde ebenfalls wieder beschlossen, wogegen dann Mr. Kaylor, Sekretär der Londoner Segegesellschaft, entschiedene Front machte mit dem Bemerkten: „Die Arbeiterbewegung ist einer täglich erscheinenden Zeitung würdig genug.“ Die Abstimmung, welche folgte, zeigt am besten, wie wenig Wert man noch hier selbst in der Arbeiterkategorie einer gesunden Arbeiterpresse beilegt, denn 861000 Stimmen waren für und 357000 gegen die Resolution. Beinahe einstimmig wurde sich zur Annahme eines einheitlichen Gewerkschaftslabels bereit erklärt. Die Einführung dieser Marken sowie Anwendung derselben auf Waren soll der Schmuggelkonturrenz in Verbindung mit Waren, hergestellt bei Nichtorganisierten, einen Dämpfer aufsetzen. Zum Kongresse waren zwei amerikanische Besucher angewesen, einer von ihnen war der Repräsentant der amerikanischen Typographical Society. Co.

Korrespondenzen.

Auerbach-Glefeld-Palantstein. Am 2. Dezember fand im „Stabiliment“, „Zentralhalle“ in Auerbach eine Agitationsversammlung statt, in welcher Kollege Stoy-Ghemnitz als Referent fungierte über das Thema: „Der Tarif der deutschen Buchdrucker.“ Redner schilderte in einem zweifelhafte Vortrag, welcher sich durch große Klarheit und Deutlichkeit auszeichnete, die Tarifbewegungen von ihren ersten Anfängen bis zu ihrer heutigen Vollendung. Dieser Vortrag wurde mit großem Beifalle aufgenommen. Bedauerlich ist nur, daß von den in Auerbach stehenden zwölf Nichtmitgliedern, obwohl sie alle zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen waren, nur zwei diesem Rufe Folge leisteten, während sich die anderen zu erheben fürhten, eine derartige Versammlung zu besuchen. Dem Vortrage schloß sich eine Aussprache an, in deren Verlauf Kollege Walthers-Planen bewaerte, daß in einem Orte wie Auerbach noch solche traurige Verhältnisse herrschen, und forderte die drei hier stehenden Verbandsmitglieder auf, fest zum Verbands zu halten und für denselben weiter zu kämpfen und zu werden, der Gauzustand und das Agitationskomitee in Planen seien gern bereit, sie in diesem Kampfe zu unterstützen. In seinem Schlussworte legte Kollege Stoy den Anwesenden noch einmal ans Herz, sich durch nichts beirren zu lassen und treu zur Fahne zu halten, worauf er ein dreimaliges Hoch auf den Verband ausbrachte, in welches die Anwesenden mit Begeisterung einstimmten. Von den beiden Nichtmitgliedern meldete sich das eine sofort an, während das andre die Anmeldung in Aussicht stellte.

Worm. (Generalversammlung am 8. Dezember.) Diefelbe wurde mit begrüßlichen Worten vom Kollegen Dammeier eröffnet. Hierauf erstattete derselbe Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz in Offen. In der über den Bericht stattgehabten Diskussion beschäftigten sich die Redner hauptsächlich mit der von der Bezirksvorsteherkonferenz angenommenen und im „Korr.“ schon veröffentlichten Resolution. Verschiedene Redner konnten nicht verstehen, wie Kollege Dammeier einer Resolution zustimmen konnte, der er innerlich fremd gegenüber stand.

Zum Schluß kamen noch einige Redner zum Worte, die die Annahme der Resolution befrworteten und erklärten, man müsse den Oppositionsstandpunkt verlassen und das Augenmerk nun auf die strikte Durchführung des Tarifes richten. Hierauf wurde vom Kollegen Prucha der Fassenbericht erstattet und die von den Revisoren beantragte Decharge erteilt. In den Vorstand wurden die Kollegen Friedemann als Vorsitzender und Prucha als Kassierer gewählt.

Th. Bremen. Die am 9. Dezember abgehaltene Bezirksversammlung nahm unter Vereinstmittlungen zunächst die Annahme des Tarifes seitens der vor kurzem gegründeten Firma Gieseler & Mehlmann entgegen. Der Jahresbericht des Vorstandes, vom Vorsitzenden erstattet, gab zu keiner Debatte Anlaß. Ausgeschlossen wurden Becker, Schillmüller und Köjnes. Der Bericht von der Kreisamtsitzung in Hannover erregte nur eine kurze Diskussion, die sich in zumtunendem Sinne bewegte; erreicht wurde für Bremen eine Erhöhung des Lokalaufschlags von 15 Proz. auf 17 1/2 Proz., welcher im Jahre 1900 in Kraft zu treten hat. Im Anschluß hieran fand die Kandidatenaufstellung der Mitglieder des hiesigen Tarifschiedsgerichtes statt. Die vom Vorstande beantragte Statutenänderung wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Diese Aenderung war erforderlich geworden, um behördlichen Schikanen aus dem Wege zu gehen in bezug auf unsere örtliche Krankenzufuß- und Sterbefälle. Materiell wurde nichts geändert; die Aenderung ging vielmehr nur dahin, um nicht dem Privatversicherungsgesetze zum Opfer zu fallen. Zu befrachten war seitens der Mitglieder eigentlich auch nichts, da ja jeder wie bisher immer auch ferner zu seinem Rechte kommen wird. Nach Festlegung der Remuneration für den Vorstand, die in Anbetracht der gewachsenen Ansprüche an einzelne Aemter eine Erhöhung erfahren, erfolgte die Auffstellung der Kandidaten für die Vorstandskämter, die fast sämtlich auf die bisherigen Inhaber der Aemter lauten.

Breslau. (Schließlicher Maschinenfesserverein.) In der am 2. Dezember abgehaltenen Monatsversammlung, in welcher Kollege Gottschalk-Bosen anwesend war, referierte die Kollegen Fiedler und Stengel über den neuen Sechsmaschinentarif und seine Benutzung in der Praxis. Es wurden die einzelnen Paragraphen desselben einer gründlichen Besprechung unterzogen, ebenso Berechnungen aufgestellt, woraus die Kollegen ersehen konnten, wie sie sich im Falle der Einführung des Berechnens an den Maschinen in pekuniärer Hinsicht stellen würden. Mißsen die Kollegen die Bestimmungen der einzelnen Paragraphen des Sechsmaschinentarifes gründlich aus, so dürften die Schäden, welche in dem Tarife enthalten, wieder ausgeglichen werden und die betroffenen Kollegen auf ihre Rechnung kommen. In Betreff der Angriffe, welche gegen unsere Experten-Lauter und Glaser gerichtet worden sind, nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Der Schließliche Maschinenfesserverein bedauert die persönlichen Verunglimpfungen unserer Experten, wofür die Gründe, die sie zur Niederlegung ihrer Aemter veranlaßten, ersucht aber die Zentralkommission, in Anbetracht der schwierigen Lage, in der sich zurzeit die Spezialorganisationen befinden, von der Durchführung ihrer Absicht abzusehen und weiter auf ihrem Posten zu bleiben.“ Ueber die abgehaltenen beiden Referate entwickelte sich eine lebhaft Diskussion, so daß die Versammlung bis in die vierte Nachmittagsstunde tagte.

U. Dresden. (Maschinenmeisterverein.) In der am 2. Dezember abgehaltenen, zahlreich besuchten Versammlung berichtete der Vorsitzende über Sitzungen bzw. interne Angelegenheiten des Vereins. Nachdem die Tagesordnung erledigt, die zahlreichen Aufnahmen neuer Mitglieder besonders hervorgehoben, erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Gieseler-Beipzig das Wort zu seinem Referate: „Die Bestimmungen für Drucker und Maschinenmeister im neuen Tarife.“ Referent schilderte in eingehender Weise das Zustandekommen dieser Bestimmungen und ging hierbei auf die Arbeiten der Expertenkommission der Drucker näher ein, welche mehrere Tage zur Verhandlung bedurften, um das jetzt Vorliegende zu erreichen. Nunmehr führte Redner den Kollegen den Wert der einzelnen Bestimmungen vor Augen und gab all die Gründe bekannt, welche bei Schaffung dieser Bestimmungen den Experten als Grundlage dienten. Wohl seien nicht sämtliche Wünsche in Erfüllung gegangen und sind darüber unsere Druckerkollegen unzufrieden, aber es muß anerkannt werden, daß die Gehilfenvertreter alles aufgewandt haben, um das zu erreichen, was vorliegt. Es werde nunmehr an den deutschen Druckerkollegen liegen, sich die geschaffenen neuen tariflichen Bestimmungen voll zunutze zu machen. In der hierauf folgenden Diskussion waren die Meinungen über die neuen Erzeugnisse geteilt, man einigte sich aber dennoch, nachdem einzelne irrige Auffassungen seitens des Referenten geklärt wurden, auf nachfolgende Resolution, welche einstimmig Annahme fand: „Die heute, am 2. Dezember im Volksbause tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Gieseler-Beipzig einverstanden, bedauert jedoch, daß die vom II. deutschen Maschinenmeisterkongresse gestellten Anträge schon durch die Gauvorsteherkonferenz eine Streichung erfahren. Nach Lage der Sache erachtet es jedoch nunmehr jeder einzelne als größte Pflicht, mit Hilfe des Gauvorstandes den neuen Tarif in allen Punkten in den Maschinenläden zur Durchführung zu bringen.“ Mit Dankesworten an den Referenten schloß hierauf der Vorsitzende die Versammlung.

Bö. Oberfeld. Unsere letzte Monatsversammlung am 8. Dezember wies leider einen nur sehr schwachen Besuch auf. Von etwa 250 am Orte konditionierenden

Kollegen waren nur 25 erschienen, besonders die Kollegen aus dem „Generalangelegter“ waren es, die wie immer fast vollständig fehlten. Ein besserer Besuch dieser überaus sehr wichtigen Versammlung wäre am Platze gewesen. Nachdem der Vorsitzende Drechsler die Anwesenden und ganz besonders den in unserer Mitte weilenden Gauvorsteher Grahmann begrüßt hatte, ehrte die Versammlung das Andenken an den verstorbenen Kollegen August Stehloß in der üblichen Weise. Hierauf erstattete Kollege Zbanek Bericht über die Kreisamtsitzung in Krefeld. Redner bemerkte, daß trotz aller Nachweisungen über die Feuerungsverhältnisse in unserm Bezirke es nicht gelungen sei, auch nur für einen Ort eine Erhöhung herauszubekommen. Meinte doch der Prinzipalvertreter von hier, 7 1/2 Proz. seien für Oberfeld-Barmen vollständig genügend, 10 Proz. seien entschieden zu hoch und entsprächen in keiner Weise den hiesigen Feuerungsverhältnissen. Nur um des lieben Friedens willen wolle er für 10 Proz. stimmen. Mit Stimmengleichheit seien unsere Anträge abgewiesen worden. Etwas mehr Entgegenkommen für einzelne Orte im Bezirke hätte man doch erwarten können. Zum Hauptpunkte der Sitzung: „Die jetzige Tarifbewegung“, referierte Gauvorsteher Grahmann. Derselbe gab in seinem einständigen Vortrage die gewünschte Aufklärung über den neuen Tarif und Tarifvertrag und verstand es, fast sämtliche Bedenken gegen die Abmachungen zu beseitigen. Die sich hieran anschließende Diskussion war eine sehr lebhafte, und es sprachen sich die meisten Redner dahin aus, die ablehnende Haltung nunmehr aufzugeben, dem neuen Tarife zuzustimmen, und am 1. Januar mit aller Energie für die Einführung desselben Sorge zu tragen. Bedauert und scharf kritisiert wurde die eigenartige Haltung des Ortsvereins Solingen, des bisherigen schärfsten Gegners des Tarifes im Bezirke, der trotz seiner ablehnenden Stellungnahme in der Bezirksversammlung den Tarife in einer Ortsversammlung zustimmte. Eine Resolution, welche die Annahme des Tarifes nunmehr empfahl und die Stellungnahme Solingens scharf verurteilte, wurde zwar abgelehnt, dagegen fand ein Antrag, welcher den Bezirksvorstand ersucht, im Laufe der Woche eine Urabstimmung vorzunehmen, Annahme. Wir erwarten, daß sämtliche Kollegen am Tage der Einführung des neuen Tarifes am 1. Januar voll und ganz ihre Kraft einsetzen, demselben Geltung zu verschaffen. Nicht rückwärts, sondern vorwärts!

Essen. (Maschinenfesservereinigung Rheinland-Westfalens.) Der Vorstand der Vereinigung hatte auf den 9. Dezember die Vertreter der einzelnen Bezirke zu einer Konferenz einberufen, die erneut zu dem Tarifabkommen Stellung nehmen und an der Hand der nunmehr kommentiert vorliegenden Beschlässe Klarheit schaffen sollte über die zukünftige Gestaltung der Arbeitverhältnisse bei den Sechsmaschinen. Der Vertrag, der sich in diesen, harmonisch verlaufenen Verhandlungen fand, schließlich in der folgenden, einstimmig angenommenen Resolution Ausdruck, die hiermit den Mitgliedern der rheinisch-westfälischen Vereinigung bekannt gegeben sei: „Die am 9. Dezember in Essen tagende Bezirksvorsteherkonferenz der Maschinenfesservereinigung Rheinland-Westfalens ist nach eingehender Beratung zu dem Entschlusse gelangt, sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen und den Mitgliedern zu empfehlen, den neuen Tarif als für sich verbindlich zu erkennen und denselben voll und ganz zur Durchführung zu bringen. Sie ist der Ansicht, daß es Pflicht aller Beteiligten ist, den Prinzipalen durch die Praxis vor Augen zu führen, daß ein Verrechnen an der Maschine in beiderseitigem Interesse unabweisbar ist. Dort, wo das Verrechnen eingeführt wird, ist es Pflicht der Mitglieder, ihre Rechte den Prinzipalen gegenüber bis ins Kleinste zu vertreten. Es muß jedoch in der Zukunft dahin gewirkt werden, daß die tatsächlichen Verschlechterungen, die für die Maschinenfessern im Tarife enthalten sind, bei der nächsten Revision beseitigt werden. Die Konferenz behauert ferner, daß infolge solcher Voraussetzungen die Stellungnahme der rheinisch-westfälischen Maschinenfesservereinigung den Experten gegenüber eine so überaus scharfe gewesen ist. Die Konferenz erklärt, daß sie nach eingehender Information über die Tätigkeit der Experten deren Vorurteilen und Stellungnahme bei den Tarifverhandlungen als korrekt und einwandfrei erachtet.“

Mensburg. In der am 8. Dezember stattgehabten jährlichen Hauptversammlung berichtete der von hier zur Kreisamtsitzung entsandene Delegierte Knauer über die in Hamburg gepflogenen Verhandlungen. Redner bewaerte den Umstand, daß durch die große Zahl der Erschienenen und infolge der knapp bemessenen Zeit eine gründliche Behandlung der Lokalaufschlagsfrage nicht möglich gewesen wäre. Den Delegierten sei für ihre Ausführungen nur ein Zeitraum von fünf Minuten gewährt worden, den allerdings viel Kollegen überschritten hätten. Der Berichterstatter teilte noch mit, daß einzelne Delegierte kleiner Städte, um für ihren Ort einen Lokalaufschlag herauszubekommen, behauptet hätten, an ihren Orten seien die Preise teurer als in den großen Städten der Provinz, wodurch die betreffenden Kollegen, ohne sich selbst etwas zu nützen, bedrückt hätten, daß viel, Neumünster und Flensburg her ausgegangen seien. Mensburg habe nur an Lokalaufschlag das gefordert, was es unbedingt haben müsse. Diese Ausführungen wurden von dem hiesigen Kreisamtsmitglied noch in einigen Punkten ergänzt und dann in die Ordnung des Minutes „Tarifliches“ eingetragen. Hierzu wurde beschlossen, am 29. Dezember eine Versammlung abzuhalten, in der über die Einführung des neuen Tarifes am Orte von den Vertrauensmännern Bericht erstattet werden soll. Nach

Erledigung der geraume Zeit in Anspruch nehmenden Vorstandswahlen wurde zum Punkte „Verschiedenes“ übergegangen. Hierzu nahm Kollege Sörensen als Kartelldelegierter das Wort zu einigen Ausführungen über das Gewerkschaftshausprojekt.

Leipzig. (Mitgliederversammlung am 7. Dezember.) Aus dem Vorstandsbericht ging hervor, daß auch in den letzten Wochen die Organisation genügend zu tun hatte, um in einzelnen Firmen sich zeigende Mißstände zu regeln. Bezüglich der Neuwahlen zum Tarifschiedsgerichte und Tarifauschüsse wurden, einem Gausvorstandsantrage entsprechend, sämtliche alten Vertreter und Stellvertreter wieder aufgestellt; außerdem neu als Vertreter ein Maschinenseher und als Stellvertreter ein Maschinenseher und ein Korrektor. Das Hauptinteresse des Abends nahm der durch einen Geschäftsordnungsrichter Hamann auf die Tagesordnung gestellte Punkt: „Leipziger Volkzeitung“ kontra Buchdrucker, in Anspruch. Als erster Redner wandte sich Kollege Hamann in längeren Ausführungen an der Hand des durch den „Korr.“ genügend bekannten Materials gegen die Stellungnahme der „L. W.“ in Sachen unserer tariflichen Abmachungen im allgemeinen und dem Kollegen Rezhäuser gegenüber im besondern. Er wünschte, daß die übrige Arbeiterschaft in intensiver Weise durch Flugblätter usw. aufgeklärt werde über die wirklichen, durch unsre Tarifrevision geschaffenen Abmachungen und empfahl nachstehende Resolution zur Annahme: „Die am 7. Dezember tagende Mitgliederversammlung spricht der „L. W.“ ihre Entrüstung über die heimtückischen und gemeinen Veröffentlichungen in bezug auf unsere diesjährigen Tarifverhandlungen aus. Die Versammlung ist davon überzeugt, daß die „L. W.“ wider besseres Wissen nur darum eine solche der Wahrheit ins Gesicht schlagende Berichterstattung gewählt hat, um eine Spaltung innerhalb der hiesigen Arbeiterschaft herbeizuführen. Die jahrelangen scharfmacherischen Verächtlichkeiten und Schmähungen, mit denen durch die „Leipz. Volkstz.“ die Buchdrucker den anderen Gewerkschaften gegenüber bedacht wurden, sind Beweise genug dafür. Indem wir uns mit der „Korr.“-Redaktion solidarisch erklären, sind wir der Überzeugung, daß auch bei den diesjährigen Tarifverhandlungen unsere berufenen Vertreter alles eingesetzt haben, um das zu erreichen, was sie als Kollegen mit gutem Gewissen bieten zu können glauben.“ Kollege Engelbrecht präziserte die Stellung des Gausvorstandes in dieser ganzen unfauberen Sache. Ohne jede Einwirkung von außen habe der Gausvorstand sofort nach Erscheinen der halblönligen Verächtlichkeiten in der „L. W.“ die Gelegenheit wahrgenommen, um in einer in der „L. W.“ veröffentlichten Erklärung dieses Gebahren zu kennzeichnen. Außerdem habe er den Beschluß gefaßt, das Gewerkschaftskartell als für uns in erster Linie in Betracht kommende Instanz anzugreifen, um auch der Öffentlichkeit gegenüber dokumentieren zu können, daß in der „L. W.“ gegen besseres Wissen die Buchdrucker verächtlich und geschmäht werden. Der Kartellvorsitzende habe daraufhin Veranlassung genommen, eine Sitzung anzuberufen mit der Redaktion der „L. W.“, deren Presstommission, dem Kartellausschusse und dem Gausvorstande. In dieser Sitzung sei nunmehr festgestellt worden, daß seitens der Volkszeitungs-Redaktion die Angriffe gegen unsere Tarifvertreter und den Gausvorstand nicht aufrecht erhalten werden konnten. Es sei erklärt worden, daß die Worte: „Die Geschlechtsvertreter haben ihre Auftraggeber geradezu verraten und verkauft“, in der Hitze des Gefechtes gefallen und lediglich als eine „Redefigur“ zu betrachten seien. Es habe vollständig fern gelegen, unsere Vertreter einer unbedingten Handlungsweise zu zeihen. Bezüglich der bekannten Telegramm-affäre sei konstatiert worden, daß von einer „Unter-suchung“ gar keine Rede sein könne, diese Telegramme wären jedoch „vorenthalten“ worden. Der Redner erklärte, ihm sei es vollständig gleichgültig, was für eine Auffassung Außenstehende über die Geschäftsführung des Gausvorstandes haben. Darüber sei dieser nur den Mitgliedern gegenüber Rechenschaft schuldig. Im gegebenen Falle würde der Gausvorstand genau wieder so handeln, denn der Leipziger Gau regule seine Angelegenheiten selbständig und habe nicht nötig, erst auf Direktiven aus Berlin oder München zu warten. Interessant sei es aber für ihn gewesen, in dieser gemeinsamen Sitzung zu erfahren, daß diese Telegramme bestellte Arbeit waren. Das genüge jedenfalls, um die „Affäre“ vollständig würdigen zu können. Kollege Engelbrecht gab dem Kreisvertreter noch zu bedenken, daß ihm die heutige Versammlung durch seine einstimmige Wiederbestellung rüchlos ihr Vertrauen ausgedrückt habe, die Maßnahmen der „L. W.“ also ohne Einspruch auf die Organisation gelassen seien. Kollege Rezhäuser, der als erster Diskussionsredner das Wort nahm, erklärte zunächst, daß er mit der Resolution Hamann in keinerlei Beziehung stehe, was er um deswillen feststellen wolle, weil Hamann in einer früheren Konfliktperiode bereits für ihn (Redner) eingetreten sei. Aber auch ohne diese Resolution würde er in Unbetracht des schändlichen Verhaltens der „L. W.“ seiner Person gegenüber heute die Leipziger Kollegenchaft, auf die sich die „L. W.“ glaubt stützen zu können, auf-fordern, zu entscheiden, ob die hiesige Kollegenchaft hinter ihm resp. der „Korr.“-Redaktion oder hinter der „L. W.“ stehe. Es sei ein alter Trick der „L. W.“, auf Personen loszuspringen, während die Sache getrieben werden soll. Dieses Blatt werde immer auf die Buchdrucker schimpfen, so lange diese sich ihm nicht völlig unterordnen. Eine Gewerkschaft kann sich eben nicht auf den Standpunkt stellen, wie ihn die „L. W.“ in folgender Briefkastennotiz vom 8. November d. J. präzisiert hat: „Genosse Ebert. Ein Sozialdemokrat hat sich nach dem Erfurter Pro-

gramme zu richten. Geschehen in seiner Gewerkschaft Dinge, die mit dem Parteiprogramme in Widerspruch stehen, so hat er für die Befreiung solcher Zustände einzutreten.“ Wohin sollen wir in den Gewerkschaften kommen, wenn bei unsrer Arbeit irgend ein überzeigter Parteigenosse glaubt, es sei ein Verstoß gegen das Erfurter Programm vorgenommen? Ein solcher Standpunkt, wie ihn hier die „L. W.“ den Gewerkschaftlern empfiehlt, müßte zu deren Zerlegung führen. Wie übrigens die ultraradikale „L. W.“ uns gegenüber mit den verbohrtsten Spießerargumenten arbeitet, geht daraus hervor, daß es die Beschlässe aus Prinzipialstreifen, eine Erhöhung der Druckpreise eintreten zu lassen, wie folgt glossiert: „Das bedeutet Erhöhung der Produktionskosten für andere Industriezweige, die natürlich wieder auf die Schultern der Masse abgewälzt werden. So geht es im Zirkel ohne Ende weiter.“ Mit dieser selben Argumentation haben die rüchlosigsten bürgerlichen Organe bei Streiks der Maurer oder Bergarbeiter das Publikum belehrt, daß durch den Streit die Wohnungen oder die Kohlen teurer würden. So arbeite die „L. W.“ mit dem blödesten Antisemitensorgane harmonisch Hand in Hand. Redner kennzeichnete dann an der Hand zahlreicher Beispielerungen der „L. W.“ deren schamloses Gebahren seiner Person gegenüber. So habe z. B. die „L. W.“ auf Grund eines Dankes der „Korr.“-Redaktion im Briefkasten für zahllose schriftliche Sympathieäußerungen geschrieben: „Im Jännerhefte bürgerlicher Blätter finden sich häufig öffentliche Dankungen“, in denen irgend ein Hoffnungslos Kranker, der durch die Pillen und Mituren eines dunklen Wundertäters von seinem Gliederreizen, seinen Magenkrämpfen oder sonstigen Schmerzen geliebt ist, seinem Wohlthäter den tiefgefühlten Dank ausspricht. Diese Praxis ahmt natürlich auch Rezhäuser nach. Diese verstaubte Notiz habe die „L. W.“ gefunden, von dem spaltenlangen Artikel ihres Parteigenossen Pürschwitz im „Korr.“, der darin das feige Gebahren der „L. W.“ kennzeichnet, davon weiß die „L. W.“ ihren Lesern nichts zu berichten. Nachdem dieser Kollege auf die unerhörten, der Wahrheit und den Tatsachen ins Gesicht schlagenden Angriffe der „L. W.“ auf unsere Tarifabmachungen eine sachliche Widerlegung einbrachte und die Beschimpfungen unserer Führer durch das Leipziger Arbeiterblatt gebührend zurückwies, wurde ihm die Antwort, daß man doch auf diese Dinge nicht zurückkommen könne, da diese Angriffe schon lange zurückliegen. Das sei die moralische Anschauung des Raubmörders Hennig, der bei seiner Hinrichtung auch geäußert habe: „Was wollt Ihr denn von mir?“ Er hätte bloß nach dem Beispiele der „L. W.“ hinzuzusetzen brauchen: Es liegt doch schon so lange zurück, daß ich den Kellner Giernoth erschossen habe! Nach dieser Moral arbeite die Redaktion der „L. W.“. Mit einer angeblichen Kronzeugenschaft seiner Person habe man in der Leipziger Arbeiterzeitung tatsächlich den Glauben erweckt, als ob Redner vor der Staatsanwaltschaft einen Eid geleistet und damit der Redakteur heilig ins Gefängnis gebracht habe. Dabei wurde diese Anschuldigung der „L. W.“ in den maßgebenden deutschen Gewerkschaftszeitungen als böswillige Erfindung bemerkt. Redner referierte sich in seinen weiteren Ausführungen dahin, daß er die Versammlung bittet, klipp und klar durch Annahme oder Verwerfung der Resolution Hamann zu entscheiden, ob sie hinter der „Korr.“-Redaktion oder hinter der „Leipziger Volkszeitung“ stehe. Ihm sei es kaum möglich, auf seinem Posten weiter wirken zu können, wenn diejenige Mitgliederchaft ihm das Vertrauen absprenge, in deren Reihen er persönlich zu wirken habe. (Lebhafter Beifall.) Kollege Lechschmidt wendete sich gegen den Vorschlag, uns an die breite Öffentlichkeit zu wenden, da so ein Erfolg ausgeschlossen sei. Er suchte um Annahme der Resolution. Kollege Labuhn erkennt den ausdauernden Charakter Rezhäusers an; die Buchdrucker hätten eine große politische Vergangenheit und ein gewisser Kampfstandpunkt mit der Partei, der von Anbeginn unserer Organisation bestanden, werde auch nach Rezhäuser nicht verschwinden. Er selbst (Labuhn) stehe 25 Jahre in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung, aber er ziehe sich doch nie die Buchdrucker vor. Er sei überzeugt, daß wir den Sieg davontragen werden. Die gegen unsere Abmachungen zu erhebenden Einwände und eine gründliche Abrechnung mit den Vertretern seien unmöglich gemacht durch die Stellungnahme der „L. W.“ sowohl wie auch des „Vorwärts“. Kollege Dreher ist der Meinung, daß das Verhalten des Gausvorstandes in der ganzen Sache ein zu laues gewesen sei. Im übrigen verteidigte er den „Korr.“ in seinen Ausführungen. Kollege Rößling glaubte die „L. W.“ durchaus nicht in Schutz nehmen zu können, trotzdem stehe er aber nicht prinzipiell hinter Rezhäuser. Kollege Krüger ist der Überzeugung, daß die „Korr.“-Redaktion objektiver in der Beurteilung und in ihrer Verteilung gewesen sei als die Parteipresse. Seit 1896, dem Beginne des Bruderkampfes, der uns so manche Wunden geschlagen, habe trotzdem die Parteipresse nach Art der „L. W.“ nichts geleert und nichts vergessen. Er habe den rechtlichen Wunsch, daß die Verhältnisse eine Besserung erfahren, und hält es für notwendig, daß wir uns mehr politisch organisieren, um dadurch in den verschiedenen Körperschaften die Möglichkeit zu erhalten, aufklärend bezüglich unserer Tarifabmachungen usw. wirken zu können. Unerklärliche Ausführungen machte Kollege Mjau, der davon abriet, die Öffentlichkeit durch allgemeine Versammlungen, Anschläge an den Plakatsäulen usw. in Anspruch zu nehmen. Es sei unmöglich, dadurch eine durch die jahrelange antibuchdruckerliche Schreibweise der „L. W.“ genährte Unmündigkeit gegen uns zu zerstören, dazu gehöre eine fortgesetzte Arbeit im engsten Konnex mit der übrigen

Arbeiterschaft; jedoch erklärte sich Redner durchaus einverstanden, daß der „Korr.“-Redaktion ein Vertrauensvotum ausgestellt werde. Kollege Wogenitz wies darauf hin, daß seit der Verschmelzung mit der Gewerkschaft die Buchdrucker Leipzigs sich ziemlich zahlreich politisch organisiert haben, auch viele Abonnenten der „L. W.“ geworden seien. Die jegliche Schreibweise des Blattes ergäbe aber kein Fortschreiten dieses Zustandes, sondern das direkte Gegenteil. Es sei ihm bekannt, daß in unsrer Tarifversammlung einzelne Redakteure der „L. W.“, die auch unsere Mitglieder sind, anwesend waren, ohne dort den Mut zu haben, gegen unsere Abmachungen zu sprechen. Bezüglich der vom Kollegen Labuhn erwähnten „Abrechnung“, die angebracht gewesen wäre, behauptete er, daß er eine solche nicht zu fürchten habe. Er stehe auf dem Standpunkt, daß bei großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden so lange wie möglich Kämpfe zu vermeiden seien, und daraus resultiere die seitens unserer Vertreter beobachtete Taktik bei den Tarifverhandlungen. Er glaube die Verantwortung nicht übernehmen zu können, die bei einem Scheitern der Verhandlung und daraus entstehenden Komplikationen die Tarifvertreter treffen würde. Vom Gausvorstande hätte er allerdings ein schärferes Vorgehen erwartet. Kollege Engelbrecht verteidigte nochmals die Haltung des Gausvorstandes, nachweisend, daß unter den gegebenen Umständen ein Mehr zu erreichen nicht möglich war. Bereits am 10. Oktober, als die Meinungen noch nicht so geklärt waren wie heute, habe der Gausvorstand in der Sache Stellung genommen. Die an die „L. W.“ gerichtete Erklärung habe jedenfalls an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen. Nachdem nun innerhalb der Kollegenchaft auf dem Tarifgebiete klar Feld geschaffen, sei es allerdings sehr leicht, zu sagen, der Gausvorstand sei zu lau gegenüber den Angriffen gewesen. Wenn sich die Versammlung auch auf den Standpunkt einiger Redner stelle, daß der Vorstand die Interessen der Mitglieder gegenüber der „L. W.“ nicht gewahrt habe, dann solle man ruhig der Resolution Hamann ein Amendement des Inhalts anfügen: Der Gausvorstand habe zu demissionieren.“ Kollege Schuler verteidigte die Haltung des „Korr.“. Immer schon habe sich die Buchdrucker gegen die beabsichtigten Bevormundungen und groben Beleidigungen seitens einiger hervorragender Parteiblätter zu wehren gehabt; es war schon unter unserm alten Härtel so, bei dessen Redaktion feste sich der Kampf fort und besteht auch unter Rezhäuser weiter. Mit dem Wachsen der Partei und deren weiteren Abmachungen der Gewerkschaften gegenüber sei die Differenz nur noch mehr gewachsen. Der Redner sprach den besondern Wunsch an, den Gausvorstand aus, im Kampfe gegen die seitens der „L. W.“ uns gegenüber beliebte Taktik endlich einmal zur Offensive überzugehen. Die Resolution solle gemäßigter die Introjektion sein, wenn auch fernerhin die Angriffe der andern Seite nicht aufhören. Kollege Tanneberger war mit der Haltung des „Korr.“ in den letzten Wochen, soweit unsere Tarifverhandlungen in Frage kommen, einverstanden. Bezüglich der Tarifgemeinschaft, deren entschiedener Gegner er früher gewesen, erklärte er, daß jetzt, nachdem dieselbe „geschichtlich“ geworden sei, er keine Ursache mehr habe, dieselbe zu bekämpfen; es liege vielmehr an uns, die im Gefolge derselben sich zeigenden Schäden mildern zu helfen, indem wir alle uns gegebenen Vorteile (durch die Schiedsstellen hauptsächlich) auch entsprechend ausnützen. Er stimme für die Resolution, soweit sie sich auf die Verhältnisse der letzten Zeit beziehen. Denselben Standpunkt teilten die Kollegen Richter und Sauerbier. Auch Kollege Labormanski glaubte der Resolution in ihrem ersten Teile zustimmen zu können, war aber auch der Meinung, daß von einem Aufheben des Streites beide Parteien keinen Vorteil hätten. Kollege Rezhäuser, zum zweitenmale das Wort nehmend, zeichnete in kurzen, kräftigen Strichen das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei. Es sei ihm nicht möglich, dies vollständig im Rahmen der Diskussion zu tun, aber das behauptete er, so wie die Buchdrucker bisher vorbildlich und bahnbrechend innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gewesen seien, so werde dies auch in Zukunft der Fall sein. Nachdem noch Kollege Hilger gegen die „Korr.“-Redaktion polemisierte bezüglich der Aufnahme und Ablehnung eingehender Artikel, gelangte die Resolution Hamann zur Abstimmung; dieselbe wurde gegen wenig Stimmen angenommen. Punkt 4 der Tagesordnung: „Beschlußfassung über finanzielle Beteiligung am Gewerkschaftshaus“, wurde wegen vorgerückter Zeit verlagert.

Leipzig. (Rotationsmaschinenmeister-versammlung.) Die am 9. Dezember im „Schloßheller“ abgehaltene Versammlung beschloß sich mit den neuen tariflichen Bestimmungen für die Rotationsmaschinen, und waren alle vertretenen Kollegen der Ansicht, jetzt schon bei ihrer Geschäftsleitung vorfällig zu werden betreffs Einstellung eines weiteren Maschinenmeisters. Unter „Verschiedenes“ wurde ausgeführt, daß es notwendig sei, daß auch die Rotationsdrucker sich mehr zusammenschließen könnten, da diese wegen ihrer Arbeitszeit an den allgemeinen Versammlungen nicht teilnehmen können. Es wurde daher beschlossen, allmonatlich eine Versammlung abhalten zu lassen, und zwar Sonntag nachmittags, da es in dieser Zeit jedem Kollegen ermöglicht sei, an dieser Versammlung teilzunehmen. Um nun mit dem Maschinenmeisterverein und den Kollegen von der Rotation in engerer Fühlung zu bleiben, wurde als Obmann Kollege Heinze gewählt, welcher die Interessen seiner Kollegen dem Verein gegenüber zu vertreten hat. Extrabeitragzahlung darf unter keinen Umständen stattfinden, da alle Ausgaben auf Kosten des Vereins gehen, bei den die (Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 146.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 18. Dezember 1906.

Anzeigen kosten: die Nonpareilzeile 25 Pf.;
Veranstaltungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

44. Jahrg.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Rotationskollegen Mitglieder sind. Weiter kamen die Lohnverhältnisse der hiesigen Rotationsdrucker zur Sprache, und wurde es scharf kritisiert, daß sich Kollegen (zum Teile von auswärts) zu einem Lohne von 30 Mk. erbieten. Mit diesem Zustande muß geduldet werden, und erwarten die Kollegen, daß man bei Annahme einer Stelle sich vorerst nach dem gezahlten üblichen Lohne bei den maßgebenden Instanzen erkundigt, damit eine Verschlechterung der Lohnverhältnisse nicht Platz greift. Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, wurde die von allen Rotationskollegen besuchte Versammlung mit der Aufforderung, in Zukunft fest zusammenzuhalten, geschlossen.

r. Mainz. Am 2. Dezember fand im „Brauhaus zum Gutenberg“ eine gute Besprechung der Ortsvereine statt, welche nach Bekanntgabe der Restanten den Bericht über die stattgehabte Kreisamtsitzung in Frankfurt a. M. entgegennahm. Nach demselben konnte man entnehmen, daß es der Mainzer Vertreter trotz aller Anstrengungen nicht gelang, eine auch nur kleine Lokalsatzungsänderung herauszuholen, da der starke Widerstand der Prinzipale nicht zu brechen war. Für den Bezirk Mainz wurde nach wiederholter Betonung der Notwendigkeit für den Ortsverein Wingen am 1. Januar 1909 ein Lokalsatzungsschlag von 2%, Proz. genehmigt. Allgemein gab man sich nicht zufrieden mit dieser Kreisamtsverhandlung, weshalb man beschloß, einen Rekurs hiergegen beim Tarifamte einzulegen.

Neurode. Einen interessanten Vortrag über Druckfarben konnten die Mitglieder des hiesigen Ortsvereins sowie die hierzu eingeladenen Lithographen und Steinbrücker am 3. Dezember hören. Herr Buchdruckereifaktor Gaudig hatte es sich angelegen sein lassen, den technischen Leiter der Firma Gleitsmann-Dresden, Herrn Schilde, für diesen Abend zu gewinnen. Derselbe begrüßte die Erschienenen und dankte den Herren Chefs der Firma W. B. (G.) Klambt für ihr Erscheinen. Im ersten Teile des Vortrages behandelte Redner die Entstehung der schwarzen und bunten Farben. In interessanter Weise schilderte er, wie man in früherer Zeit die Farben aus natürlichen Stoffen bereitete und wie sie in unserer modernen Zeit aus künstlichen Stoffen hergestellt werden. Zur Erläuterung stellte er einige Präparate her. Im zweiten Teile des Vortrages behandelte er in ausführlicher Weise den Dreifarbenbdruck. Zum Schluß des Vortrages gab Redner seiner Freude darüber Ausdruck, daß gerade in unserm Orte der Dreifarbenbdruck große Fortschritte mache, und daß die Gehilfen mit allem Eifer bemüht seien, sich in diesem Verfahren zu vervollkommen.

Strigau. Endlich ist es nun nach großer Mühe gelungen, hier einen Ortsverein zu gründen. Bezirksvorsteher Hoffmann aus Waldenburg referierte kurz über die neue Tarifvereinbarung, wofür ihm allgemeiner Beifall zu teil wurde. In der Buchdruckerei von G. Kerber, welche auch im Tarifvertrage teilnimmt, sind in letzter Zeit leider sehr üble Mißstände eingetreten, welche sehr scharf kritisiert wurden. Hoffentlich wird sich wohl Herr Kerber die Sache zum 1. Januar reiflicher überlegen und den Kollegen eine bessere Behandlung und Bezahlung zukommen lassen, widrigenfalls sich dieselben veranlaßt fühlen, ihre „fette Pfeilende“ zu verlassen.

St. Jossen. In der jüngsten Monatsversammlung wurde in Anbetracht dessen, daß die überwiegende Mehrzahl der Kollegen dem neuen Tarife zugestimmt hat, folgende Resolution angenommen: „Die Mitgliedschaft Jossen ordnet sich bezüglich der Annahme des Tarifes der Mehrheit der Kollegenschaft unter und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß auch diejenigen über 3 Mk. über das Minimum entlohten Gehilfen eine entsprechende Aufbesserung ihres Lohnes erfahren.“

Rundschau.

Zur Tarifeinführung! In Nr. 142 des „Korr.“ ist an erster Stelle unter Rundschau mitgeteilt worden, daß das Tarifamt im Einverständnisse mit den beiden Organisationsvorständen den einstimmigen Beschluß gefaßt hat, für Einführung des § 4 des Tarifvertrages eine Uebergangsfrist von zwei Jahren festzusetzen, während alle übrigen Bestimmungen des Vertrages ab Januar 1907 in Kraft zu treten haben. Diese Mitteilung ist, wie viele Zuschriften beweisen, dahin verstanden worden, daß die Lohnerhöhung (nach § 4 des Tarifes) erst in zwei Jahren zur Geltung kommen soll. Das ist selbstverständlich ein Irrtum, denn es handelt sich um den § 4 des Organisationsvertrages, für den die gedachte Uebergangsfrist beschlossen worden ist.

In Nr. 144 berichteten wir von einer Verleibungssache des Schriftstellers Müller-Gzerny in Frankfurt a. M. gegen den „Korr.“, in welcher Notiz wir durchblicken ließen, daß Müller-Gzerny ein

recht prozessuflustiger Mann wäre. In der neuesten Nummer des „Zeitungsvorlag“ finden wir nun eine Gerichtsverhandlung gegen Müller-Gzerny wie folgt wiedergegeben: „Revolverbblatt: Mit diesem journalistisch-technischen Begriffe hatte sich eine Verhandlung gegen den Herausgeber der Frankfurter Wochenchrift „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“, G. U. Müller-Gzerny, zu befassen, die am 4. Dezember vor dem Schöffengerichte in Frankfurt a. M. stattfand. Es handelte sich um zwei Verleibungssachen. Eine große Zahl von Zeugen sollte vernommen werden, auch eine Anzahl Sachverständiger sollte die Streitfrage entscheiden, ob das genannte Blatt ein Revolverbblatt sei oder nicht. Von den Sachverständigen wurde aber nur Herr Redakteur Bistowsky von der „kleinen Presse“ vernommen, welcher betonte: Wenn ich mich gutächtl. und unter Eid über den Charakter des Blattes äußern soll, dann kann ich nur erklären, daß es ein geringwertiges Pressezeugnis ist. Es bringt mit Vorliebe Skandalgeschichten mit und ohne Namen, um in Sensation zu machen. Im Briefkasten arbeitet die Zeitung mit dunklen Drohungen. In Artikeln entwirrt sich der Angeklagte fittlich über die Unimierkfeiten und fest Unklonien gegen sie ins Leben, und im Inzeratenteile werden diese Brutthaten des Rastens, wie sie Gzerny nennt, empfohlen. Von dem Vertreter des einen der Kläger, dem Kaufmann Dambsch, gefragt, ob die Bezeichnung „Revolverbblatt“ nicht auf die Zeitung anzuwenden sei, meinte der Sachverständige, dieser Ausdruck sei nicht ganz zutreffend. Eine derartige Zeitung arbeite mit ungedruckten Artikeln und verlange Schweigegehele dafür. Von anderen Zeugen wurde jedoch behauptet, daß Müller-Gzerny durch seine „Briefkastennotizen“ dasselbe erreiche. Für beide unter Anklage gestellten Verleibungen verurteilte das Gericht den Müller-Gzerny zu 130 Mk. Geldstrafe.“ Nach dieser Illustrierung von „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ müssen wir allerdings zugeben, daß wir mit der von uns vorgeschlagenen Titeländerung arg daneben gehauen haben. Es hätte sich eine passendere finden lassen...

Einen gemütvollen Verleger schildert die „Buchdruckersache“ in folgender launigen Notiz: Ein junger Dichter hatte die Welt mit einem Bande Gedichte erforscht, für den er aber erst einen Verleger fand, als er selbst die sämtlichen Kosten zu tragen sich verpflichtete. Da Freunde und Kritik einstimmig das Buch als wertlos bezeichneten, machte sich der Dichter auf einen tiefen Griff in den Geldbeutel gefaßt. Zu seiner Ueberraschung schrieb aber der Kommissionsverleger auf seine Anfrage, wie viele Exemplare abgesetzt seien: „Die ganze Auflage ist weg, andei sende ich Ihnen Ihr Guthaben von 500 Mark.“ Freudestrahlend reiste der Dichter selbst zum Verleger: „So ist es wirklich wahr, die ganze Auflage ist ausverkauft?“ fragte er. „Ausverkauft? Um Gottes willen! Nicht ein Exemplar. Aber neulich ist ein Lagerraum bei mir ausgebrannt, und die 500 Mk. sind die Versicherungssumme, die ich für Ihr Buch erhalten habe.“

Ueber 100 Sinotypen zerstört wurden durch das Erdbeben in San Francisco bzw. durch die nach diesem Naturereignisse folgende allgemeine Feuersbrunst. Aus dieser dem letzten Geschäftsberichte der amerikanischen Sinotype Company entnommenen Bemerkung kann man sich eine schwache Vorstellung von dem Schaden machen, der dem Buchdruckergewerbe dieser ehemaligen Goldgräberstadt zugefügt worden ist. Jetzt ist dank der raschen Entschlossenheit der Amerikaner dieser schwere Schlag wieder überwunden.

In Schweden wird in Kürze eine Vereinfachung der Rechtschreibung in Kraft treten. Die Initiative dazu ging von dem Allgemeinen Volksschullehrervereine aus.

Eine Ermäßigung der Fernsprechgebühren für Zeitungen hat in Oesterreich stattgefunden, und zwar um die Hälfte der Gebühr. Vorläufig erstreckt sich diese Vergünstigung aber erst auf Abend- und Nachtgespräche.

In Hof entfielen bei den Gewerbegerichtswahlen 1339 Stimmen auf die freien Gewerkschaften. Drei sogenannte liberale Arbeitervereine brachten im ganzen 150 Mann auf die Beine.

Eine ganz eigenartige Geschichte wird aus Offen gemeldet, nämlich: Das im Erstehen begriffene Offener Gewerkschaftshaus ist, beinahe fertig gestellt, von dem Bauleiter und dem eingesezten Wirte im geheimen an den Besenkönig Stimmes verkauft worden, der den Bau nun als Verwaltungsgebäude der Seche Viktoria benutzen wird. Inwiefern die beiden gedachten Geschäftsleute ein Verfügungsrecht über das Besitztum der Offener Arbeiterschaft hatten, ist uns nicht klar. In dem schon zum 1. Dezember dem Betriebe zu übergebenden Offener Gewerkschaftshause sollte auch die Druckerei eines neuen Parteiblattes untergebracht werden, für die schon eine Einrichtung im Werte von 80000 Mk. beschafft war. Das neue Parteiorgan sollte vom 1. Januar ab erscheinen. Die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ bringt zu dieser Mel-

bung eine so dunkle Dementierung, daß die Sache nur noch fragwürdig wird.

Keine Verkürzung der Arbeitszeit, aber Vermehrung der Beschäftigten, aber keine Vergrößerung der Schnellpressenfabrik Augsburg-Nürnberg gewünscht, wie aus dem Geschäftsberichte dieser Gesellschaft zu ersehen ist. Eine Offenbarung ist es, daß zu einer solchen Unternehmungskolonie 64 Proz. der Arbeiter eines so großen Werkes zählen. Daß diese gelben Gewerkschaften das Ideal der Fabrikautokraten und der Scharfmacherverbände sind, zeigt die weitere, mit Genugtuung hervorgehobene Bemerkung, daß mindestens 80 Unternehmervereine und einzelne Firmen sich nach der Entwicklung dieser Streikbrecherzunft bei der Werkleitung erkundigten.

Die Frage, ob eine Beschränkung des Koalitionsrechtes vorliegt, wenn ein Arbeitgeber das Nichtorganisieren zur Bedingung des Abschlusses eines Arbeitsvertrages macht, hat kürzlich das Gewerbegericht in Krefeld in verneinendem Sinne entschieden. Ein Steinbrücker war plötzlich entlassen worden, als man seiner Mitgliedschaft zum Senefeldbunde gemahnt wurde. Der Entlassene klagte nun auf Lohnentziehung für vierzehn Tage. Er wäre beim Engagement nicht Mitglied seiner Organisation gewesen, sondern derselben erst nachträglich beigetreten; die eingegangene Verpflichtung habe er als eine unzulässige Beschränkung des Koalitionsrechtes angesehen. Das Gewerbegericht Krefeld stellte sich auf den Standpunkt, daß Kläger sich überhaupt verpflichtet habe, sich nicht zu organisieren. Da dieser Fall trotzdem eingetreten sei, hätte Kläger nach § 325 des Bürgerlichen Gesetzbuches von dem Vertrage zurücktreten müssen. Es sei in dem von der Firma ausbedungenen Vorbehalte weder eine unzulässige Beschränkung des Koalitionsrechtes, noch ein Verstoß gegen die guten Sitten (§ 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches) zu erblicken, da Kläger nicht in seinen wirtschaftlichen Interessen beeinträchtigt worden sei. Wir haben in Deutschland leider keine garantierte Koalitionsfreiheit.

Der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist durch die Reichstagsauflösung einstweilen erlobigt. Er muß erst wieder an den neuen Reichstag formgerecht eingebracht werden, wozu die Regierung jedenfalls keine große Eile bezeugen wird. Die von der Generalkommission getroffenen Vorbereitungen — zu einem kleinen Teile bereits durch die Protokollsammlungen der örtlichen Verbandsvereine verwirklicht — werden dadurch überflüssig. In Berlin sind die für den 8. Januar geplanten großen Protokollsammlungen bereits wieder abgesetzt worden, das Gleiche wird mit dem außerordentlichen Gewerkschaftskongresse geschehen. Selbstverständlich bleibt die Arbeiterchaft nur Gemehr bei Fuß in dieser Frage stehen. Sobald das Antigerichtsgesetz wieder aus der Verenkung sichtbar wird, kommt die Gegenaktion sofort in Fluß.

Das dänische Arbeitslosenversicherungsgesetz hat in der ersten Beratung des Folkething eine günstige Aufnahme gefunden, so daß die Hoffnung besteht, es noch in dieser Session durchzuführen. Der Staat will — es handelt sich um einen Regierungsentwurf — den Gewerkschaften und ähnlichen Versicherungskassen ein Drittel zu den Kosten der Arbeitslosenunterstützung zuschießen, die Gemeinden sollen mit einem Sechstel herangezogen werden. Die deutsche Regierung hat bekanntlich in einer sehr umfangreichen Denkschrift in diesem Sommer erklärt, daß nach ihrer Ansicht die Festhaltung an dem jetzigen Stande der Dinge das Beste sei. In Deutschland betreibt man eben Sozialpolitik auf seine Weise, wofür das Antigerichtsgesetz ja wieder ein klassischer Beleg ist.

Der Reichstag ist am 13. Dezember aufgelöst worden, weil ein Kompromiß über den geforderten Nachtragsetat für Südwestafrica an der ablehnenden Haltung des Zentrums scheiterte. Selbstverständlich sind die verweigerten 30 Millionen nicht der springende Punkt bei dem überraschenden Schritte der Regierung gewesen, sondern es ist das die logische Folge des heftigen Zusammenstoßes zwischen Dernburg und Noeren in puncto Kolonialwirtschaftlich. Vor vier Jahren, in der Nacht vom 13. zum 14. Dezember 1902, wurde der Buchertarif unter Verletzung der parlamentarischen Ordnung durchgedrückt, und am 13. Dezember sollten die Fleischnotinterpellationen den Reichstag am dritten Tage beschließen. Es ist nicht dazu gekommen, sondern der Reichstag wurde nach Hause geschickt und namentlich der Arbeiterschaft mit dem Fleischwucher — gegen den die Reichsregierung trotz der zahlreicheren Vorstellungen von städtischen und städtischen Behörden, trotz der Proteststürme aus dem Volke im Interesse der ewig Unversättigten, der Agrarier, nichts unternehmen will — der allgemeinen Lebensmittelverteuerung, dem Antigerichtsgesetze eine Wahlpavise auf den Weg gegeben, wie sie wirkungsvoller nicht gut gedacht werden kann. Am 25. Januar werden die Würfeln fallen. Möchte endlich

